

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

April 2012



Nun rasch noch die Altersarmut abschaffen

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen ist politisch immer unterwegs. Jetzt will sie in der ihr eigenen, angemessen pauschalen Formulierung „die Altersarmut“ abschaffen. Das sieht aus wie ein schönes sozialpolitisches Ziel. Kein gesellschaftspolitisch zuverlässig zielführendes Mittel ist es aber, die Renten zulasten der Steuerzahler aus dem Aufkommen einer Steuererhöhung oder durch Einführung einer neuen Steuer zu finanzieren. Das Schuldenmachen zulasten der Nachkommen ist kein Ausweg aus der Finanzierungsnot.

Beherzt Schulden machen, um dem „Sozialen“ im Mix des politischen Angebots einen angemessenen Platz zu sichern, verstößt gegen jede gute und vernünftige Vorstellung von Generationengerechtigkeit, und zwar vor allem und deutlich erkennbar gegen die Moral und das Gebot des Prinzips der Nachhaltigkeit.

Der Grundsatz einer nachhaltigen Fiskalpolitik ist ein moralisches Prinzip. Es besagt, dass die „Heutigen“ den „Künftigen“ keine Staatsverschuldung hinterlassen dürfen, deren Bedienung den kommenden Generationen so gut wie keinen oder einen äußerst beschränkten Spielraum für die Verwirklichung ihrer jeweils eigenen Vorstellungen von guter Politik lässt. Das Prinzip der Nachhaltigkeit in der Fiskalpolitik fordert die Einhaltung dieser so definierten Schuldengrenze – unabhängig von den jeweiligen individuellen Nutzenerwägungen amtierender Politiker.

Das Schuldenmachen ist kein zu befürwortendes Mittel der Sozialpolitik – und schon gar nicht gegen eine Variante der Altersarmut, die den „Jetzigen“ so bedrohlich erscheint, weil sie darin eine Gefahr für ihre Wiederwahl beim jeweils nächst anstehenden Wahltermin vermuten. Gute Politik ist nicht zuletzt Politik mit der Achtung vor der Entscheidungssouveränität der Nachgeborenen.

Hans D. Barbier

Warenverbrauch = Wasserverbrauch

Zwischen 1996 und 2005 wurden mit dem Welthandel pro Jahr rund 2 320 Milliarden Kubikmeter Wasser rund um die Erde transportiert. Das haben Forscher der Universität Enschede festgestellt. 76 Prozent davon gingen auf den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten wie Baumwolle, Sojabohnen und Getreide zurück. Um ein Kilo Baumwolle zu erzeugen, benötigt man rund 15 000 Liter Wasser. Für ein Kilo Weizen müssen immerhin noch rund 1 000 Liter aufgewendet werden.

Unter den größten Importeuren wasserverbrauchender Produkte steht Deutschland an dritter Stelle nach den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan. Die Bundesrepublik importiert demnach 125 Milliarden Kubikmeter Wasser pro Jahr und exportiert 64 Milliarden Kubikmeter über verschiedene Produkte in andere Staaten. Zum Vergleich: Laut Umweltbundesamt hat der Bodensee ein Volumen von 48,5 Milliarden Kubikmetern.

<http://goo.gl/D5l8X>

Parteispenden von Vater Staat

Die sechs im Bundestag vertretenen Parteien – Bündnis 90/Die Grünen, CDU, CSU, Die Linke, FDP, SPD – haben 2009 fast 130 Millionen Euro staatliche Mittel erhalten. Das lässt sich in einer aktuellen „Unter-

richtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages“ (Bundestagsdrucksache 17/4800) nachlesen. Demnach erhielt die CDU im Jahr 2009 staatliche Mittel in Höhe von knapp 42 Millionen Euro. Die SPD konnte 40 Millionen Euro verbuchen. Die FDP kam auf Staatszuschüsse von 12,6 Millionen Euro. Die CSU erhielt knapp zwölf Millionen Euro. Die Grünen vereinnahmten fast 11,1 Millionen Euro, und Die Linke schließlich erhielt 10,7 Millionen Euro aus der Staatskasse. Der Unterrichtung zufolge verzeichneten alle Bundestagsparteien 2009 ein Defizit; der Bundestagswahlkampf dürfte dafür eine Ursache gewesen sein.

2012 werden die Bürger für die Alimentierung der Parteien 18 Millionen Euro mehr bezahlen müssen. Nahezu unbemerkt erhöhten sich die Bundestagsparteien die staatlichen Zuschüsse im Juli 2011 per Gesetz. Ab 2013 sollen die Zuwendungen dann automatisch an den Preisindex für „parteitypische Ausgaben“ angepasst werden. Schön, wenn man sich die eigene finanzielle Basis qua Gesetz sichern kann!

<http://goo.gl/xtlII>

Mehreinnahmen für Städte und Gemeinden

Die deutschen Städte und Gemeinden haben vom Wirtschaftsaufschwung profitiert: Ihre Einnahmen erhöhten sich im Jahr 2011 um 5,2 Prozent

auf circa 192 Milliarden Euro; das Defizit sank auf knapp 2,9 Milliarden Euro. Dennoch fordern westdeutsche Bürgermeister ein vorzeitiges Ende der Finanzhilfen für den Aufbau Ost mittels Solidarpakt. Die Begründung der Kommunalpolitiker: Die Not im Westen sei größer als im Osten, der Osten sei längst ausreichend versorgt.

Das ist jedoch nur die halbe Wahrheit: Es ist richtig, dass hoch verschuldete Städte wie Gelsenkirchen und Oberhausen – beide in Nordrhein-Westfalen – zu den „ärmsten Städten der Republik“ gehören. Doch im bundesweiten Vergleich schneiden selbst wirtschaftsstarke Regionen im Osten – Dresden und Potsdam zum Beispiel – nur mittelmäßig ab; der Großteil der ostdeutschen Städte und Dörfer liegt bei der Finanz- und Wirtschaftskraft im unteren Drittel.

<http://goo.gl/hBoNI>

Kommunalfinanzen

Finanzierungssalden der Kommunen nach Bundesländern, 2011

Baden-Württemberg	+ 1 802
Bayern	+ 494
Sachsen	+ 187
Sachsen-Anhalt	+ 163
Thüringen	+ 135
Mecklenburg-Vorpommern	+ 22
Niedersachsen	- 42
Schleswig-Holstein	- 111
Brandenburg	- 115
Saarland	- 297
Rheinland-Pfalz	- 314
Nordrhein-Westfalen	- 2 250
Hessen	- 2 538
alte Bundesländer	- 3 256
neue Bundesländer	+ 393
gesamt	- 2 861

in Millionen Euro
Quelle: Statistisches Bundesamt

Begründete Staatseingriffe: Beispiel Umwelt

In einer marktwirtschaftlichen Ordnung bedürfen staatliche Eingriffe in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben eines zwingenden Grundes. Sogenannte externe Effekte gelten in der Wirtschaftswissenschaft als Paradebeispiel für Marktversagen, das die Intervention des Staates rechtfertigt.

In den Worten von Ludwig Erhard besteht das Wesen der Sozialen Marktwirtschaft darin, dass der Wirtschaftsprozess „nicht durch obrigkeitlichen Zwang gelenkt, sondern innerhalb eines wirtschaftspolitisch gesetzten Ordnungsrahmens durch die Funktion freier Preise und den Motor eines freien Leistungswettbewerbs selbständig gesteuert wird“. Im Umkehrschluss heißt das: Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft bedürfen einer Rechtfertigung.

Nach dem marktwirtschaftlichen Ideal führen freie Entscheidungen von Produzenten und Verbrauchern dazu, dass Güter und Dienstleistungen im Wettbewerb zum günstigsten Preis auf den Markt kommen. Wenn sich aber beispielsweise Anbieter über den Preis absprechen, wird der Wettbewerb behindert. In diesem Fall ist eine staatliche Reglementierung nötig. Daher wurde 1958 mit dem Bundeskartellamt eine Institution geschaffen, die Wettbewerbsbeschränkungen verhindern, aufdecken und Verstöße ahnden soll.

Das Eingreifen des Staates in den Wirtschaftsprozess ist auch vonnöten, wenn der marktwirtschaftliche Preismechanismus nicht funktioniert. Das ist beispielsweise der Fall, wenn ein Unternehmen die Umwelt verschmutzt und so die Lebensqualität vieler Menschen beeinträchtigt. Wenn der Verursacher nicht dafür bezah-

len muss, muss er auch keine Kosten für die Umweltverschmutzung einkalkulieren. Er trifft seine Produktionsentscheidungen also ohne Rücksicht auf die Umwelt. Somit hat er auch keinen Anreiz, umweltschonend zu produzieren.

Die Funktion des Preises

In einer Marktwirtschaft werden Preise nicht von irgendwem festgesetzt, sondern bilden sich durch das Spiel von Angebot und Nachfrage. Der Preis eines Gutes gibt Herstellern und Verbrauchern das Signal, wie knapp und wie begehrt dieses Gut ist.

Aus Sicht des Anbieters gehen in die Kalkulation des Preises all die Kosten ein, die bei der Herstellung anfallen: Rohstoffe, Maschinen, Energie, Transportkosten und menschliche Arbeitskraft sind Teile im Produktionsprozess und müssen bezahlt werden. Zuzüglich eines Aufschlags für den Gewinn des Unternehmers ergibt die Summe dieser Kosten den Angebotspreis. Der Nachfrager auf der anderen Seite wird das Gut kaufen, wenn der Angebotspreis dem Wert entspricht, den er dem Gut beimisst. Ist der Preis zu hoch, wird er auf den Kauf verzichten. Je niedriger der Preis, desto mehr Käufer. Der Preis, zu dem Angebot und Nachfrage übereinstimmen, ist der Marktpreis.

Anhand der Preise weiß der Produzent, welche Produk-

tionsmittel er einsetzen soll, um die geringsten Kosten und damit den höchsten Gewinn erzielen zu können. Das Streben nach möglichst hohem Gewinn wird ihn davon abhalten, mit den Produktionsmitteln verschwenderisch umzugehen.

Gestörter Preismechanismus – was nun?

Doch was geschieht, wenn Preise die Knappheit von Gütern nicht korrekt widerspiegeln? Das ist zum Beispiel der Fall, wenn eine Fabrik durch Schadstoff-Ausstoß die Luft verschmutzt. Luft ist scheinbar nicht knapp und für alle Menschen gleichzeitig verfügbar. Vom Atmen der Luft kann zudem niemand ausgeschlossen werden. Das heißt aber auch: Alle leiden, wenn jemand die Luft durch Abgase verschmutzt. Dieses Phänomen wird in den Wirtschaftswissenschaften als „externer Effekt“ bezeichnet.

Das Problem liegt darin, dass die Kosten, auf denen die einzelwirtschaftliche Entscheidung des Produzenten beruht, nicht die Kosten enthalten, die außerhalb des Unternehmens anfallen. Dass die Umweltqualität seiner Mitbürger beeinträchtigt wird, bleibt unberücksichtigt. Für die Verschmutzung der Umwelt, also den Verbrauch sauberer Luft, müsste er eigentlich einen Preis zahlen. Da aber niemandem der Verbrauch von Luft verwehrt



„Maßstab und Richter über Gut und Böse der Wirtschaftspolitik sind nicht Dogmen oder Gruppenstandpunkte, sondern ist ausschließlich der Mensch. Eine Wirtschaftspolitik ist nur dann und nur so lange für gut zu erachten, als sie den Menschen schlechthin zum Nutzen gereicht.“
Ludwig Erhard

werden kann und somit keine Eigentumsrechte geltend gemacht werden können, ist Luft kein handelbares Gut. Also kann sich auch kein Knappheitspreis am Markt einstellen.

Beispiele für externe Effekte

Da die Verschmutzung der Umwelt für den Produzenten anscheinend kostenlos ist, weicht der Preis, zu dem er das Gut auf dem Markt anbietet, von den tatsächlichen Kosten ab. Wäre die Umweltverschmutzung einkalkuliert, müsste das Produkt zu einem höheren Preis angeboten werden. Dann wäre die Nachfrage nach dem umweltbelastenden Gut geringer.

Negative externe Effekte treten nicht nur bei der Güterproduktion auf, sondern ebenso beim Konsum. Alkoholisierte Autofahrer gefährden Sicherheit und Gesundheit anderer Verkehrsteilnehmer. Auch Rauchen schädigt andere. Von negativen externen Effekten spricht man immer, wenn jemand anderen Schaden zufügt, ohne dafür zahlen zu müssen. Müsste der Schädiger dafür aufkommen, würde er sein Verhalten womöglich ändern.

Es gibt aber auch positive externe Effekte. Unternehmen, die Erkenntnisse aus Forschung und Entwicklung veröffentlichen, hätten Anrecht auf Bezahlung durch alle, die daraus einen Nutzen ziehen. Problematisch wird das, wenn Unternehmen wegen der Nichtvergütung die gesellschaftlich erwünschte Forschung unterlassen. Wenn sich jemand beispielsweise in der Schule, im Studium oder in der Ausbildung überdurchschnittlich engagiert und sich besonders viel

Wissen aneignet, kann dieses Wissen auch der Gesellschaft als Ganzes zugute kommen.

Behebung des Mangels durch den Staat?

Beim Auftreten von externen Effekten spricht man davon, dass der Markt versagt, da der Preismechanismus nicht funktioniert. In diesem Fall versucht der Staat, durch bestimmte Regelungen den Mangel zu beheben. Zur Lösung des Umweltproblems kommen zwei Möglichkeiten in Betracht:

■ Die erste Möglichkeit besteht darin, dass der Staat den Preis mitbestimmt, der für ein Gut zu zahlen ist. Zum Beispiel erhebt er eine Steuer auf bestimmte Umweltbeeinträchtigungen, um entstandene Umweltschäden dem Produzenten in Rechnung stellen zu können. Diese Methode geht auf eine Idee des britischen Wirtschaftswissenschaftlers Arthur Cecil Pigou zurück, die er 1920 publik gemacht hat. Seine Vorstellung: „externe Effekte internalisieren“, das heißt, die Kosten der externen Effekte sollen in die einzelwirtschaftliche

Kostenrechnung einfließen. Der Produzent entscheidet frei, in welchem Maße er die Natur durch sein wirtschaftliches Handeln schädigen – und dafür zahlen – will.

In Deutschland wird dieses Prinzip mit der sogenannten ökologischen Steuerreform angewendet. Im Jahr 1999 wurde damit begonnen, den Verbrauch von Energie stufenweise durch eine sogenannte Ökosteuer auf Kraft- und Heizstoffe sowie Strom zu verteuern. Dadurch sollen Anreize zum Energiesparen und zur Schonung der Umwelt gesetzt werden.

■ Eine andere Möglichkeit zur Internalisierung der externen Effekte liegt darin, dass der Staat Schadstoffmengen festlegt, die insgesamt ausgestoßen werden dürfen. Der Staat vergibt Verschmutzungsrechte, die er zum Beispiel versteigern kann. Die Rechte können nach der Versteigerung zwischen Unternehmen gehandelt, das heißt verkauft und gekauft werden. Wer mehr Rechte besitzt, darf auch die Umwelt mehr belasten. Da die Belastung mit Schadstoffen auf diese Weise

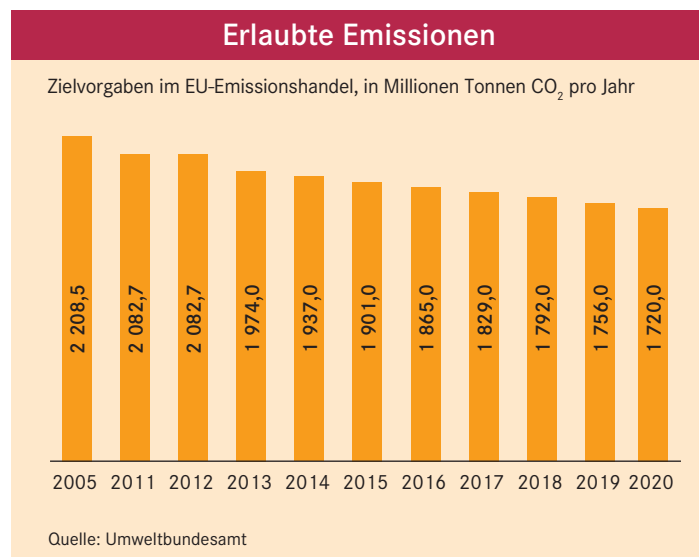
staatlich bestimmt ist, ergibt sich je nach Angebot und Nachfrage ein Marktpreis für Verschmutzungsrechte. Auf diese Weise gehen auch hier die Kosten für die Verschmutzung in die betriebliche Kostenrechnung ein. In der Europäischen Union wird dieses Verfahren seit 2005 angewendet, um die Kohlendioxid-Emissionen zu begrenzen. Bis 2020 ist eine Reduktion um gut 20 Prozent gegenüber 2005 vorgesehen.

Keine perfekte Lösung

Pigou-Steuern und Verschmutzungsrechte internalisieren die externen Effekte der Umweltverschmutzung also dadurch, dass der Staat einen Preis für die Verschmutzung bzw. die zulässige Menge der Verschmutzung festlegt. Sowohl die Preis- als auch die Mengelösung sind marktkonforme Instrumente. Dadurch, dass durch staatliche Regeln ein Preis für den Umweltverbrauch festgesetzt wird, haben Unternehmen einen Anreiz, möglichst umweltschonend – weil kostengünstig – zu produzieren. Jeder Produzent wird bemüht sein, die Verschmutzungskosten so gering wie möglich zu halten, um einen möglichst hohen Gewinn zu erwirtschaften. Also wird er in möglichst saubere Produktionsverfahren investieren.

Problematisch ist allerdings die konkrete Ausgestaltung der staatlichen Eingriffe: Wer kann sagen, wie viel Schadstoffausstoß akzeptabel ist? Wer weiß, um wie viel ein Liter Benzin teurer sein müsste, damit der Verbrauch sinkt und aus den Steuereinnahmen die Umweltschäden beseitigt werden können?

Berthold Barth





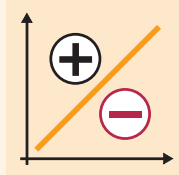
„Privilegien aller Art sind das Grab der Freiheit und Gerechtigkeit.“

Johann Gottfried Seume

IM KLARTEXT

April 2012

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im April 2012

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung

Der Bundesverband der deutschen Arbeitgeber entdeckt einen Fachkräftemangel, der das Wirtschaftswachstum bremst. Die Experten im Bundesministerium für Arbeit und Soziales stellen fest, dass der Fachkräftemangel „die Herausforderung der nächsten Jahre“ sei. Fehlende Fachkräfte verursachen in deutschen Unternehmen Milliardenverluste; mit qualifizierter Zuwanderung will der Bundesminister für Wirtschaft deshalb „dem zunehmend spürbaren Fachkräftemangel“ entgegenreten.

Umso erstaunlicher, was das Bundesinstitut für Berufsbildung ermittelt hat: Immer weniger Betriebe sind in der

Ausbildung aktiv. 2010 bildeten nur noch 22,5 Prozent von knapp 2,1 Millionen Unternehmen Lehrlinge aus. In den Jahren davor lag die sogenannte Ausbildungsbetriebsquote noch zwischen 23,3 und 24,2 Prozent.

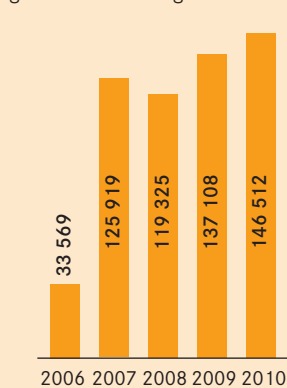
Eigenverantwortung

Eine vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung durchgeführte Befragung von Personen, die sich im ersten Quartal 2009 mithilfe des sogenannten Gründungszuschusses aus der Arbeitslosigkeit heraus selbständig gemacht haben, ergab: Rund 80 Prozent der Gründer waren 19 Monate später immer noch selbständig tätig, ein Großteil davon mit einem inzwischen existenzsichernden Einkommen. Weitere zehn Prozent gaben an, mittlerweile sozialversicherungspflichtig beschäftigt zu sein. Zum Zeitpunkt der Befragung (Ende 2010) waren demnach 90 Prozent der Geförderten in den Arbeitsmarkt integriert.

Der auf eine Förderdauer von maximal 15 Monaten angelegte Gründungszuschuss wurde im August 2006 einge-

Existenzgründer

geförderte Gründungen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

führt, um Arbeitslose beim Schritt in die Selbständigkeit finanziell zu unterstützen. Die Förderung folgt dem Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Geldwertstabilität

Im vergangenen Jahr gab es einen Reallohnanstieg: Die Bruttomonatsverdienste – plus 3,4 Prozent – legten 2011 kräftiger zu als die Verbraucherpreise (plus 2,3 Prozent). Lohnempfänger konnten daher am Jahresende 1,1 Prozent mehr Waren und Dienstleistungen kaufen als zu Jahresbeginn. Laut Statistischem Bundesamt gab

es vor allem zwei Gründe für den deutlichen Bruttozuwachs: Zum einen wurden höhere Sonderzahlungen aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung gewährt, zum anderen nahm die bezahlte Arbeitszeit durch die Rückführung der krisenbedingten Kurzarbeit zu.

Der Blick auf das Schlussquartal 2011 zeigt das Ende einer zweijährigen Phase mit Reallohnzuwachsen. Zwar legten die Nominallöhne immer noch um 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal zu. Getrieben von höheren Kosten bei Heizöl, Gas und Kraftstoffen lag die Teuerung allerdings gleichauf und machte den Lohnanstieg zunichte. Die positive Entwicklung des Gesamtjahres 2011 basierte demnach auf Sondereffekten.

Ausbildungsbetriebe

Anteil der Ausbildungsbetriebe an allen Betrieben

2000	23,7 %
2002	23,3 %
2004	23,8 %
2006	24,0 %
2008	24,0 %
2010	22,5 %

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

Lohn- und Preisanstieg

Veränderung zum Vorjahr in Prozent
Nominallohn Preis Reallohn

2008	3,1	2,6	0,5
2009	0,0	0,4	-0,4
2010	2,7	1,1	1,5
2011	3,4	2,3	1,1

Quelle: Statistisches Bundesamt

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: picture-alliance/akg-images
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de